

Flucht und Migration von Canan Bayram

Flüchtlingspolitischer Gipfel in Berlin - Geflüchtete haben Rechte

Menschen verlassen Situationen von Not und Krieg und kommen bei uns in Berlin an. Migration ist ein Menschenrecht. Denn es ist in der Natur des Menschen, dass er Gefahren für Leib und Leben verlässt, um in Frieden und Sicherheit zu leben. Es ist ein Überlebensimpuls des Menschen. Daher ist es falsch und widerspricht der menschlichen Natur, Menschen für die Flucht zu kriminalisieren und zu entrechten. Vielmehr sollten wir Geflüchtete von Anfang an mit allen Rechten ausstatten, um ihnen einen guten Start in Berlin zu ermöglichen.

Die Abschottungspolitik der EU und der Bundesregierung sind bereits gescheitert. In einer verzweifelten Reaktion will der Bundesinnenminister die Abschiebehaft so ausweiten, dass die meisten Geflüchteten demnächst von Deutschland lediglich die Gefängnisse sehen. Dies gilt es zu verhindern. Das System Frontex und Dublin dienen lediglich den Ländern wie z.B. Deutschland dazu, sich gegenüber Geflüchteten abzuschotten. Doch der Konsens in Europa bröckelt bereits daher ist es wichtig, die Abschaffung von Frontex und Dublin voranzutreiben.

Derzeit werden viele flüchtlingspolitische Fragen in Berlin nicht bzw. falsch beantwortet. Daher fordern wir einen flüchtlingspolitischen Gipfel für das Land Berlin in dem ein Gesamtkonzept entwickelt werden soll. Hierfür brauchen wir ein flüchtlingspolitisches Konzept für das Land Berlin. Dabei sollen die Bezirke und die Zivilgesellschaft beteiligt werden. Gerade in den Bezirken könnten Netzwerke für Arbeit, Ausbildung und Zusammenleben eine wichtige Aufgabe als Vermittler und Koordinator übernehmen.

Patenkind-Skandal, beschlagnahmte Turnhallen und Nazi-Hetze gegen Container in den Geflüchtete leben sollen bestimmen die Schlagzeiten bei der Unterbringung von Geflüchteten. Das LaGeSo ist mit der Aufgabe der Unterbringung überfordert und ebenso mit den Kontrollen der bestehenden Sammelunterkünfte für Geflüchtete. Die Behörde muss neu aufgestellt werden. Die Kontrollen der Flüchtlingsunterkünfte sollte in die Zuständigkeit der Bezirke übergehen.

Recht auf Wohnen

Geflüchtete sollten vorrangig in Wohnungen leben. Dies ermöglicht Privatsphäre und erleichtert das Einleben in der neuen Nachbarschaft. Das Kontingent bei den eigenen Wohnungsbaugesellschaften von derzeit 275 Wohnungen sollte deutlich erhöht und auch für die privaten Vermieter sollten Anreize zur Vergabe von Wohnungen an Geflüchtete gesetzt werden.

Aufhebung der Isolation

Dort wo die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen nicht möglich ist, sollte eine temporäre Unterbringung in dezentralen Einrichtungen von höchstens 50 – 100 Personen. Diese Einrichtungen sollten von Stadtteilzentren unterstützt werden, um das Ankommen und Einleben mit den Menschen im Kiez besser zu gestalten. Die Gestaltung der Einrichtungen sollte durch Geflüchtete mitgestaltet werden und unter Mitbestimmung der Bewohner_innen organisiert sein. Die Einrichtungen sollten auf Einhaltung der Standards hin kontrolliert werden und gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement und der Nachbarschaft offen sein.

Recht auf Arbeit

Arbeitsverbote für Geflüchtete sollten komplett abgeschafft werden, dh. der nachrangige Zugang zum Arbeitsmarkt. Jobcenter werden stärker für die Leistungen für Geflüchtete zuständig sein. Daher müssen sie auf die Aufgaben vorbereitet werden, dh. Mehrsprachigkeit uä. Die mitgebrachten Qualifikationen sollten schneller und besser anerkannt werden. Hierfür kann ein Abschluss-BAFöG für Geflüchteten bei der weiteren Qualifikation und Berufswahl Erleichterungen bringen. Jugendlichen sollte die Möglichkeit zu schulischer und beruflicher Qualifikation eröffnet werden.

Recht auf Bildung

Von der Kita bis zur Schule muss der Zugang und eine gute Eingliederung organisiert werden. Willkommens-Klassen können einen Übergang zu den Regelklassen leisten. Unterricht in Flüchtlingsunterkünften sind stigmatisierend und erschweren das Einleben der Kinder in der Gesellschaft. Daher lehnen wir solches Vorgehen grundsätzlich ab. Die Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche ist falsch organisiert. Das führt dazu, dass ein Jugendamt z.B. in Spandau für eine Familie z.B. in Lichtenberg zuständig ist. Es muss so organisiert werden, dass das Jugendamt des Bezirkes für die Kinder zuständig ist, in dem diese leben.

Bleiberecht

Geflüchtete kommen nach Berlin, um zu bleiben. Daher braucht es alle Anstrengungen, um bei geltender bundesgesetzlicher Regelung die Wege zu finden, die es den Menschen ermöglichen, zu bleiben. Dabei sollten die landesrechtlichen Spielräume beim Aufenthalt Bleiberechts-freundlich ausgelegt werden. Gerade die Wirtschaft fordert mehr Einwanderung und die Möglichkeit, Flüchtlinge auszubilden bzw. zu beschäftigen. Gemeinsam mit der Wirtschaft und dem Handwerk sollten wir Bleiberechts-Initiativen fordern und durch Vernetzung konkrete Angebote für Geflüchtete machen.

Bewegungsfreiheit

Die Residenzpflicht ist zwar stark eingeschränkt, aber immer noch nicht abgeschafft. Immer wieder versuchen Behörden die Residenzpflicht als Druckmittel gegenüber Geflüchteten oder Geduldeten einzusetzen, um bei Passbeschaffung uä. Fragen Druck auf die Menschen auszuüben. Daher gehört die Residenzpflicht tatsächlich abgeschafft.

Recht auf Gesundheitsversorgung

Immer noch werden Geflüchtete unzureichend medizinisch versorgt. Neben der Forderung nach der Gesundheitskarte, fordern wir die umfassende gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten. Gerade bei Kindern kann die unterbleibende gesundheitliche Versorgung zu dauerhaften und irreversiblen Schäden führen. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales hat es in der Vergangenheit versäumt, hierfür Lösungen anzubieten.

Migration

Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wer das nicht wahrhaben will, leidet entweder an Realitätsverlust oder ist Pegida-Anhänger bzw. im Zweifel beides. Viel Zeit wurde damit verschwendet, Diskussion darüber zu führen, ob Einwanderung für Deutschland gut oder nicht so gut sei. Längst ist es klar und keiner kann sich der Wahrheit entziehen, dass es ohne Einwanderung keine Zukunft in Deutschland geben wird. Daher ist es unsere Aufgabe das Land so aufzustellen, dass wir gute Bedingungen für Einwanderung organisieren. Dies kann auch erfordern, dass wir Integrationskurse für Menschen auflegen, die ihre Zukunft in der Ausgrenzung von Migrant_innen sehen. Denn sie stellen eine Gefahr für die offene Gesellschaft dar.

Partizipations- und Integrationsgesetz

Vor einigen Jahren ist ein Integrationsgesetz in Berlin erlassen wurden. Die bisherigen Berichte lassen Zweifel an der Wirksamkeit aufkommen. Es gibt keine Pläne für die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz in den Bezirken. Dies könnte mit einer Quote für Migrant_innen bei der Einstellung in der Verwaltung verändert werden.

Antidiskriminierung

Berlin braucht ein Antidiskriminierungsgesetz. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) gilt zwischen Privaten, dh. nicht im Verhältnis zwischen Staat und den Einwohner_innen. Die Diskriminierung in Schule, Polizei und Verwaltung ist in der Lebensrealität von Migrant_innen

dominierend. Von Diskriminierung betroffen sind auch viele Menschen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft, weil sie muslimisch oder PoC sind bzw. einem anderen Kulturkreis zugeschrieben werden.

Antirassismus

Falsche Ermittlungen der Polizei, racial Profiling oder schlecht geführte Gerichtsverfahren sind Beispiele für Rassismus. Nicht erst seit den Morden der NSU ist klar, dass Rassismus tödlich sein kann. Rassismus wird von einigen Parteien in der Gesellschaft salonfähig gemacht. Pegida, BärGida und ähnlicher Rassisten-Zusammenschlüsse zwingen der Gesellschaft eine Diskussion über Identität und Zugehörigkeit auf. Diese Debatten sollten wir offensiv führen. Denn es ist klar: Die Ursache für viele Missstände in der Gesellschaft ist Rassismus. Besonders intensiv wirkt der institutionelle Rassismus in das Leben von Migrant_innen ein. Staatliche Dienstleistungen wie Polizei und Justiz sollten allen Berlin_innen zugute kommen. Doch manche Menschen werden selbst Gegenstand von Ermittlungen, wenn sie polizeiliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen oder vor Gericht um ihr Recht kämpfen.

Wahlrecht

Immer noch ist ein großer Teil der Berliner Bevölkerung von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen. Dies stellt eine Diskriminierung im Wahlrecht dar und eine Gefahr für unsere Demokratie. Die Abstimmung über das Tempelhofer Feld hat wieder deutlich gemacht, dass auf der Landesebene auch die EU-Bürger_innen nicht wählen bzw. abstimmen können. Daher brauchen wir ein Wahlrecht für alle in den Bezirken und auf der Landesebene

Aufenthalt und Ausländerbehörde

Die Ausländerbehörde im Friedrich-Krause-Ufer ist immer noch eine der unübersichtlichsten und unfreundlichsten Behörden der Nation. Nach Kontinenten oder Nationalitäten unterteilt wird dort vielfach unmenschlich und auch falsch über Menschenleben entschieden. Fälle in denen Menschen nach 15 oder 20 Jahren ausgewiesen werden, sind keine Seltenheit. Die Behörde hat immer das Ziel den Zuzug nach Berlin einzuschränken, d.h. Gründe zu finden, warum jemand nicht bleiben kann statt nach Gründen zu suchen, die ein Bleibeperspektive eröffnen. Dies liegt auch daran, dass die Behörde der Innenverwaltung unterstellt ist. Daher fordern wir die Ausländerbehörde der Senatsverwaltung für Integration zu unterstellen. Diese soll dann einen Bleiberechts-orientierten Vollzug des Aufenthaltsrechts gewährleisten. Sobald dies gelingt, wird es in der Folge auch nicht nötig sein, Ausweisungen auszusprechen, die dann als Abschiebungen vollzogen werden.

Abschiebehäft abschaffen – Abschiebeknast abreißen

Die Abschiebehäft ist unmenschlich. Menschen einzusperren, weil sie sich nicht freiwillig für ein gefährliches oder schlechtes Leben oder gar in die Gefahr des Todes begeben, entbehrt jeglicher Grundlage. Die teilweise über Monate dauernde Abschiebehäft ist belastend und führt immer wieder zu Suizidversuchen. Alle Versuche, die Abschiebehäft weniger schlimm zu gestalten sind gescheitert, daher bleibt nur der Weg diese abzuschaffen.

Der Abschiebeknast in Köpenick ist überteuert und gehört abgerissen. Der ehemalige DDR-Frauenknast ist sanierungsbedürftig. Der für ca. 250 Menschen ausgelegte Knast ist durchschnittlich mit 20 -30 Menschen belegt und kostet über 12 Mio EUR im Jahr. Statt diesen überteuerten, unsinnigen und lediglich der Abschreckungs- und Abschottungspolitik dienenden Knast zu betreiben, sollten dort nach Abriss Wohnungen gebaut werden.

Wir wollen keinen Flughafenasylnkast auf dem Gelände des BER. Auch wenn unklar ist, wann der neue Flughafen fertig gebaut wird, sind wir gegen den dort geplanten Asylnkast, in dem die Menschen von der Einreise nach Berlin bzw. Deutschland abgehalten werden sollen.